

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am Dienstag, 10.09.2013, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher (nur zeitweise anwesend)
	Dirk Brumund
	Iko Chmielewski (nur zeitweise anwesend)
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Sebastian Schmidt
	Hannelore Schneider
	Dr. Marko Alexander Seelig
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker
	Hergen Eilers
	Ingrid Schuster
von der Verwaltung:	Matthias Blanke
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
Gäste:	Liane Bümmerstede (zu TOP 6.3)
	Petra Schlag vom Gewerbeaufsichtsamt (zu TOP 6.2)
:	Dipl.-Ing. Bert Diekmann vom Ing.-Büro Diekmann & Mosebach (zu TOP 4.1 und 6.1)
	Christian Evers (zu TOP 6.2)
	Jutta Fischer (zu TOP 6.3)
	Ulrich Lange (zu TOP 6.2)
	Ralf Regensdorff vom Gewerbeaufsichtsamt (zu TOP 6.2)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20. August 2013
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Aktualisierung der Windkraftpotenzialstudie für das Stadtgebiet Varel

- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines vorhaben-bezogenen Bebauungsplanes
- 6.2 Emissionssituation im Bereich der Papier- und Kartonfabrik - Vortrag von Vertretern des Unternehmens und ggf. des Gewerbeaufsichtsamtes
- 6.3 Vorstellung der Bürgerinitiative "Friedrichsfeld erhalten - für Menschen in der Natur"

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Rathkamp eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Tagesordnungspunkte 2.1.2, 2.1.3 und 2.2.1 des nichtöffentlichen Teiles ergänzt.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20. August 2013

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20. August 2013 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner äußert sich kritisch über die Ausweisung neuer Flächen für Windenergieanlagen im Bereich der Stadt Varel und fordert vom Ausschuss den Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes abzulehnen. Er fragt, warum in der Windkraftpotentialstudie der Abstand zu Wohnhäusern mit 500 m angenommen wird, der Landkreis Ammerland jedoch 600 m Abstände vorsieht. Ausschussvorsitzender Rathkamp weist darauf hin, dass diese Frage im Rahmen des Vortrages von Herrn Diekmann beantwortet wird.

Ein Einwohner fragt an, ob im Rahmen der Windkraftpotentialstudie auch die Vorkommnisse aus dem August d.J. (Rotorabbruch in einer anderen Gemeinde) berücksichtigt werden. Zudem bittet er um Erklärung, warum ein Windkraftausbau weiter forciert wird. Herr Diekmann vom Ing.-Büro Diekmann & Mosebach antwortet hierzu, dass ein Rotorabbruch nicht Gegenstand einer Windkraftpotentialstudie ist. Eine Windkraftpotentialstudie weist lediglich mögliche Flächen aus, Fragen der Betriebssicherheit sind im Rahmen der BlmSch-Genehmigung zu klären.

Ein weiterer Vareler Einwohner weist auf die Probleme von Geruchsbelästigungen durch die Papier- und Kartonfabrik hin und fragt, ob einer der Ratsherren diese Probleme aufgrund seiner Wohnlage wahrgenommen hat.

In diesem Zusammenhang weist ein weiterer Vareler Einwohner auch auf die schalltechnischen Probleme hin. Er stellt die Fragen, ob zukünftig mit größer werdenden Belästigungen zu rechnen ist und ob es ggfl. auch Feinstaubausträge gibt. Er möchte zudem wissen, woher die Geruchsbelästigung kommt und ob entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Zudem fragt er, wer und in welcher Form die Einhaltung diesbezüglicher Vorgaben kontrolliert und welche Sanktionen eventuell möglich sind. Ausschussvorsitzender Rathkamp weist darauf hin, dass diese Fragen voraussichtlich im Rahmen des Vortrages durch die Papier- und Kartonfabrik und des Gewerbeaufsichtsamtes beantwortet werden.

Ein Einwohner fragt an, warum die Einwohnerfragestunde vor den entsprechenden Tagesordnungspunkten durchgeführt wird. Er hält dies nicht für sinnvoll. Ausschussvorsitzender Rathkamp antwortet hierzu, dass von den städtischen Gremien beschlossen wurde, die Einwohnerfragestunde am Anfang der Sitzung durchzuführen, da es ansonsten dazu kommen kann, dass Fragen zu bereits beschlossenen Tagesordnungspunkten gestellt werden. Dies wurde nicht für sinnvoll erachtet.

Ein Einwohner fragt an, warum Leerrohre im Bereich von Winkelsheide unter Straßen durchgezogen wurden. Er fragt insbesondere an, ob diese ggfl. für eine weitere Windkraftanlage im Bereich Rahling gelegt wurden. Ratsherr Eilers antwortet hierzu, dass diese Leerrohre für die Anbindung der Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet von Bockhorn erforderlich sind. Eine Windkraftanlage im Bereich von Rahling ist nicht bekannt.

4 Anträge an den Rat der Stadt

4.1 Aktualisierung der Windkraftpotenzialstudie für das Stadtgebiet Varel

In der Ausschusssitzung am 06.08.2013 wurde der Entwurf der aktualisierten Windkraftpotenzialstudie für das Stadtgebiet Varel vorgestellt. Unter Anwendung der in der Studie dargelegten harten und weichen Tabukriterien (u.a. wird ein Abstand von 500 m zwischen neuen Windkraftanlagen und Einzelgebäuden im Außenbereich vorgesehen), ergeben sich neben den bereits entwickelten Bereichen in Hohelucht (Nord- und Südbereich), den Ammerschen Ländern sowie dem Bereich der vorhandenen Anlagen an der Grodenchaussee weitere Potenzialflächen in der Nachbarschaft von Friesland-Porzellan bzw. in Almsee-Grünenkamp (beide Flächen waren bereits in der Studie 2008 enthalten). Zusätzliche Flächen, die in der bisherigen Studie noch nicht enthalten waren wurden in Rosenberg, Neuenwege und in der Ergänzung des Windparks Hohelucht identifiziert.

Zwischenzeitlich wurde am 08.08.2013 eine Bürgerinformation zu dem Thema durchgeführt. Das Protokoll war der Einladung beigefügt.

Die Inhalte der Studie sind in der Präsentation enthalten, die dem Protokoll der Sitzung vom 06.08. beigefügt wurde.

Herr Diekmann vom Ing.-Büro Diekmann & Mosebach fasst noch einmal die wichtigsten Inhalte der Windkraftpotentialstudie anhand einer Präsentation zusammen (siehe Anlage).

Er weist insbesondere darauf hin, dass es sich bei der Regelung des Landkreises Ammerland mit einer Abstandsfläche von 600 m zur Wohnbebauung um eine

Empfehlung handelt, die sich in ein hartes und ein weiches Kriterium aufteilt. Das harte Abstandskriterium beträgt dabei 400 m zur Wohnbebauung, welches um ein weiches Kriterium von 200 m ergänzt wurde. Ob diese Empfehlung von den kreisangehörigen Gemeinden umgesetzt wird, befindet sich zurzeit noch in der Diskussion bei den entsprechenden Gemeinden.

Für Varel würde eine Abstandsfläche von 600 m jedoch bedeuten, dass kaum noch Windkraftpotentialflächen vorhanden wären.

Ratsherr Seelig fragt an, ob es sich bei der Studie lediglich um eine Identifizierung von Potentialflächen handelt und ob dadurch ggf. eine Verpflichtung zur Ausweisung von Bebauungsplänen entsteht. Herr Diekmann führt hierzu aus, dass die Potentialstudie lediglich Flächen identifiziert, eine Ausweisung von Bebauungsplänen jedoch in der Planungshoheit der Stadt Varel liegt.

Beschluss:

Die Windkraftpotenzialstudie wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 8 Nein: 2

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

Das Vareler Unternehmen Innovent GmbH hat einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung eines Bebauungsplans für eine Teilfläche zwischen den Windparkflächen in Hohelucht gestellt.

Aufbauend auf der Aktualisierung der Potenzialstudie Windkraft, die im Entwurf vorliegt, würde auf der beantragten Fläche grundsätzlich ein Potenzial vorhanden sein, sofern der Nachweis der Verträglichkeit hinsichtlich des angrenzenden Vogelschutzgebietes erbracht werden kann.

Das Unternehmen beabsichtigt eine insgesamt 150 m hohe Windkraftanlage zu errichten. Die Nabenhöhe beträgt 108 m, der Rotordurchmesser 82 m. Die geplante Leistung beläuft sich auf 2,3 MW. Der Abstand zu den nächstgelegenen Wohnhäusern an der Jaderberger Straße beläuft sich nach Auskunft des Antragstellers auf 580 m.

Der Antragsteller legt in seinem Schreiben dar, dass ihm bereits folgende Gutachten mit positivem Ergebnis vorliegen: Signaturtechnisches Gutachten in Hinsicht auf Auswirkungen auf militärische Radaranlagen; Schallgutachten und Schattenschwurfgutachten für die angrenzenden Wohngebäude.

Ferner liegen aus den Erweiterung des Windparks Hohelucht aus dem Jahr 2010 bereits Brut- und Rastvogelgutachten vor. Das ebenfalls vorhandene Fledermausgutachten wird derzeit noch etwas aktualisiert. Weiterhin erklärt der Antragsteller,

dass für den Standort Baulasten auf den Nachbargrundstücken eingetragen werden müssen. Entsprechende Nutzungsverträge mit den Eigentümern seien abgeschlossen.

Zwischenzeitlich ist ein Änderungsantrag mit dem Inhalt eingegangen, dass Bebauungsplangebiet zu erweitern und den Standort der Windkraftanlage zu verändern. Nach Aussage der Firma Innovent und des Grundstückseigentümers wurde dieser Antrag jedoch nicht mit ihnen abgestimmt und ist eine Verlagerung der Windkraftanlage nicht gewollt. Verwaltungsseitig wird der Änderungsantrag anhand einer Präsentation vorgestellt (siehe Anlage).

Ratsherr Seelig fragt an, ob die betroffenen Anwohner hinsichtlich der Planung befragt wurden. Er sieht eine Verschlechterung der Lebensqualität durch eine weitere Windkraftanlage. Eventuell sollte in diesem Bereich noch über eine Beteiligung der Anwohner nachgedacht werden. Verwaltungsseitig wird hierzu geantwortet, dass eine Beteiligung der Anwohner im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens durchgeführt wird. Ausschussvorsitzender Rathkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es bereits im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung zur Windkraftpotentialstudie kritische Stimmen gegeben hat, die entsprechend aufgenommen wurden.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass sich der Rat in der Vergangenheit gegen die Nutzung von Atomenergie ausgesprochen hat und insofern die Energiewende unterstützt. Dies ist jedoch nur durch regenerative Energien - wie z.B. die Windenergie - möglich. Es ist immer damit zu rechnen, dass solche Energien negative Begleiterscheinungen haben. Man hat sich jedoch für Windkraft ausgesprochen. Insofern spricht er sich für die Aufstellung eines Bebauungsplanes aus. Der Änderungsantrag sollte jedoch noch einmal bedacht werden.

Ratsherr Seelig weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass seiner Meinung nach die bundespolitischen Probleme der Energiewende nicht in Varel gelöst werden müssen und eine Aufstellung eines weiteren Bebauungsplanes nicht erforderlich ist.

Ratsherr Meinen stellt heraus, dass durch die Aktualisierung der Windkraftpotentialstudie kaum wesentliche Unterschiede entstanden sind. Insbesondere sind die Kriterien, nach denen die Potentialflächen ermittelt wurden, nicht aufgeweicht worden. Er spricht sich für die Ausweisung eines Bebauungsplanes in Hohelucht aus und sieht es als sinnvoll an den gleichen Anlagentyp zu bauen, der bereits vorhanden ist, um so die optische Bedrängung zu minimieren. Er weist insbesondere darauf hin, dass die größten Belastungen bei dem vorgesehenen Standort bei dem Flächeneigentümer liegen.

Ratsherr Redeker spricht sich dafür aus rechtlich zu prüfen, wie der Änderungsantrag zu werten ist. Zudem sollte die Realisierbarkeit überprüft werden.

Verwaltungsseitig wird noch einmal darauf hingewiesen, dass der Änderungsantrag einen neuen Anlagentyp vorsieht, so dass hierdurch ein dritter Anlagentyp an diesem Standort etabliert werden würde.

Ausschussvorsitzender Rathkamp stellt abschließend fest, dass das Thema zunächst in den Fraktionen beraten werden soll, um dann auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen zu werden.

6.2 Emissionssituation im Bereich der Papier- und Kartonfabrik - Vortrag von Vertretern des Unternehmens und ggf. des Gewerbeaufsichtsamtes

Herr Evers und Herr Lange von der Papier- und Kartonfabrik Varel stellen anhand einer Präsentation dar, wo Geruchsimmissionen entstehen, wie diese wahrnehmbar sind und welche Lösungsansätze zur Verhinderung vorhanden sind (siehe Anlage).

Zusammenfassend ist dabei festzustellen, dass die Geruchsproblematiken aufgrund des Umbaus der Papiermaschine 4 erfolgt sind und die Papier- und Kartonfabrik schon begonnen hat, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Geruchsimmissionen zu verringern. Auch zukünftig werden weitere Maßnahmen zur Behebung des Problems durchgeführt.

Eine Gesamtvermeidung von Geruchsimmissionen ist jedoch nicht möglich.

Herr Regensdorff vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg stellt dar, dass das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg bei der Papier- und Kartonfabrik für die Immissionen Geruch und Schall zuständig ist. Des Weiteren ist auch das NLWKN für Abwässer und der Landkreis Friesland für die wasserrechtlichen Beurteilungen zuständig.

Herr Regensdorff zeigt auf, dass sich im Bereich der Papier- und Kartonfabrik eine städtebauliche Gemengelage befindet, die maßgeblich für die Grenzwerte hinsichtlich Schall und Geruch ist.

Er stellt fest, dass es ein öffentliches Genehmigungsverfahren bei der letzten Änderung der Betriebsgenehmigung für die Papier- und Kartonfabrik gegeben hat, bei dem jedoch wenige Bürger sich geäußert haben.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurde eine Geruchsprognose erstellt, die nach Feststellung des Gewerbeaufsichtsamtes auch eingehalten wird. Grundlage dieses Geruchsgutachtens ist die Geruchsimmissionsrichtlinie.

Inhalte des Geruchsgutachtens werden von Herrn Regensdorff anhand einer Präsentation kurz erläutert (siehe Anlage).

Zu den Schallimmissionen führt Herr Regensdorff aus, dass es in der Vergangenheit zu Problemen bei der Beurteilung gekommen ist. Es wurde jedoch ein Sanierungsplan erarbeitet, der inzwischen umgesetzt ist, so dass die vorgegebenen Werte nun eingehalten werden.

Herr Regensdorff stellt anhand der Präsentation das Schallgutachten vor.

Er weist dabei insbesondere darauf hin, dass vermeintliche Überschreitungen als nicht der Papier- und Kartonfabrik zurechenbar erkannt werden konnten.

Hinsichtlich des Feinstaubes weist er darauf hin, dass keine zu untersuchenden Quellen bei der Papier- und Kartonfabrik vorhanden sind.

Ratsherr Böcker fragt Herrn Evers, ob er von der auftretenden Geruchsbelästigung überrascht worden ist oder ob man sich sehendes Auge in das Problem begeben hat. Herr Evers und Herr Lange führen dazu aus, dass das Problem, das sich durch den Umbau der Papiermaschine 4 ergeben hat, von ihnen nicht abgesehen worden ist.

Ratsherr Chmielewski bedankt sich für den Vortrag der Papier- und Kartonfabrik und äußert seine Erwartungen, dass die Maßnahmen zur Minimierung der Geruchsmissionen kurzfristig umgesetzt werden. Er stellt an das Gewerbeaufsichtsamt die Frage, ob auch im Bereich der Schallmissionen eine regelmäßige Prüfung durchgeführt wird. Herr Regenstorf führt hierzu aus, dass eine Immissionsmessung alle drei Jahre durchgeführt wird.

Ratsfrau Schneider fragt an, ob es bei anderen Papierfabriken in Deutschland zu ähnlichen Problemen gekommen ist. Herr Lange führt hierzu aus, dass ein ähnlicher Fall bei einem konkurrierenden Betrieb bekannt ist.

Ratsherr Eilers spricht sich dafür aus zu bedenken, was man den Anwohnern an Immissionen zumuten kann. Er erwartet, dass die technischen Weiterentwicklungen zur Reduzierung der Immissionen genutzt werden und hält es für sinnvoll, wenn die Probleme der Anwohner an der Papier- und Kartonfabrik erkennbar aufgenommen werden und auch die Lösung entsprechend dargestellt wird. Herr Evers antwortet hierzu, dass die Papier- und Kartonfabrik daran interessiert ist, alle auftretenden Probleme einvernehmlich zu lösen.

6.3 Vorstellung der Bürgerinitiative "Friedrichsfeld erhalten - für Menschen in der Natur"

Frau Bümmerstede, die Vorsitzende der Bürgerinitiative, stellt ihre Bürgerinitiative dem Ausschuss vor.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, den ehemaligen Truppenübungsplatz Friedrichsfeld in der heutigen Form zu erhalten. Dabei wünscht sich die Bürgerinitiative, dass sie in die Planungen der Straßenbaubehörde einbezogen werden.

Frau Bümmerstede weist darauf hin, dass sich innerhalb der Bürgerinitiative viele verschiedene Interessengruppen vereinigen und die Bürgerinitiative bereits viel für die Fläche tut (z.B. Müll einsammeln).

Sie weist darauf hin, dass sich die Bürgerinitiative grundsätzlich an jedem 3. Dienstag im Monat trifft, um weiteres Vorgehen zu besprechen.

Frau Bümmerstede weist darauf hin, dass seitens der Gemeinde Bockhorn eine Unterstützung der Ziele stattfindet. Sie wünscht sich dies auch von den Vareler Politikern.

Frau Bümmerstede weist darauf hin, dass sich die Pläne für die Entwicklung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld bereits zu den zuletzt vorgestellten Plänen geändert haben.

Die Ausschussmitglieder Ratsfrau Schneider, Ratsherren Biebricher, Seelig, Meinen und Eilers sprechen sich für die Ziele der Bürgerinitiative aus und versichern die Unterstützung der Vareler Gremien.

Zur Beglaubigung:

gez. Jürgen Rathkamp
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke
(Protokollführer/in)

